

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgehalt freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Sürchen, Baruth (Markt).

Verantwortlicher: Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345. In Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen u. dgl. hat der Verleger keinen Anspruch auf Bezahlung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigegepaaltene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sürchen, Baruth (Markt).

Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, fernher für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 117

Dienstag, den 29. September

1925

Die Deutsche Antwort überreicht.

Am Sonnabend wurde die deutsche Antwortnote zur Pariser Konferenz überreicht. — Die Ministerpräsidenten verhandeln am Sonnabend über die Maßnahmen zur Preislenkung. — Untergang eines amerikanischen Unterseebootes. — Russisch-polnische Verhandlungen. — Die Offensive der Franzosen und Spanier in Marokko.

Keine Einberufung des Reichstagsplenums.

Der Reichsrat des Reichstages beschäftigte sich in seiner Sonnabend-Sitzung unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Pieker mit dem Antrag der kommunistischen Fraktion, das Plenum des Reichstages für die nächste Woche zu berufen. Der Antrag wurde mit der außerpolitischen Lage und mit der Preislenkungsaktion der Reichsregierung begründet. Alle anderen Parteien konnten jedoch kurzzeitig noch keinen Anlaß zur sofortigen Berufung des Reichstages sehen. Die Sozialdemokraten behielten sich nur gegebenenfalls eine andere Stellungnahme vor. Demnach bleibt es vorläufig bei dem Plenum selbst getroffenen Dispositionen, wonach der Reichstag etwa am 19. November wieder zusammentreten sollte.

Die deutsche Antwort zur Sicherheitskonferenz überreicht.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat am Sonnabend vormittag unter dem Vorsitz des Abg. Herz zu einer Beratung zusammen, an der außer dem Reichsminister, dem Außenminister und anderen Mitgliedern des Kabinetts sowie Vertretern des Reichsrats fast alle Mitglieder des Ausschusses teilnahmen. Die Verhandlungen bezogen sich hauptsächlich auf die Annahme der Einladung zu der Pariser Konferenz. Der Beratungen lag ein Entwurf vor, zugrunde, den die deutsche Regierung nunmehr in Form einer Note den Westmächten zustellen will. Der Entwurf dieser Note ist bereits nach Paris und London abgegangen. Soll aber nach dem Vorschlag der deutschen Regierung, erst am Dienstag veröffentlicht werden. Dieser Wunsch wird wahrscheinlich auch in Paris und London geteilt werden, da Britain und Chamberlain augenblicklich nicht in den Hauptstädten weilen. Die Note betont, wie man aus verschiedenen Äußerungen maßgebender Kreise schließen kann, daß die deutsche Regierung eine Konferenz mit bereits endgültiger Entscheidung über den Westpakt nicht wünsche, sondern nur an einer vorläufigen Konferenz teilnehmen könne.

Die Maßnahmen zur Preislenkung.

Nach einer amtlichen Mitteilung ist in der Nachmittags-Sitzung der Ministerpräsidenten der Vorschlag über die Maßnahmen zur Preislenkungsaktion beraten worden. Der Reichsminister hat darauf hingewiesen, daß eine Senkung der Preise unbedingt erfolgen muß. Die Maßnahmen, die von der Reichsregierung in der nächsten Zeit durchgeführt werden sollen, sind über die eingehende Mitteilungen gemacht worden, wurden von den Ministerpräsidenten einstimmig gebilligt. Der Reichsregierung wurde die notwendige Unterstützung zugesagt. Die Maßnahmen der Regierung werden, soweit man aus dem Verlauf der Debatte entnehmen kann, in erster Linie darauf gerichtet sein, der freien Konkurrenz wieder den Weg zu bahnen und die Wirtschaft vor einer unorganischen und ungeführten Preisbildung zu befreien. In maßgebender Weise der Reichsregierung nimmt man an, daß die Beratung die Arbeit im Preisabkommen wesentlich fördern wird, zumal ein erheblicher Teil der von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen nur durch die Regierungen der Länder durchgeführt werden kann.

Der Landtag gegen die Wohnungszwangswirtschaft.

Der Preussische Landtag nahm in seiner Sonnabend-Sitzung zunächst Kenntnis von einer Ministerialverordnung, durch die das preussische Gerichtsverfugungsgesetz abgeändert wird, daß bei der geschäftlichen Auswertung von Hypotheken und sonstigen Grundbesitzbelastungen die Gewerbefreiheit für die Grundbesitzertragungen ausgeprochen wird. Er setzte sodann die Beratung des Wohnungszwangsgesetzes fort. Zur Aussprache stand das Wohnungszwangsgesetz. Abg. Howe-Kiel (DnL) bezeichnete die Wohnungszwangswirtschaft als völlig verfehlt. Während in der früheren freien Wirtschaft Wohnungszwang und Arbeitslosigkeit fehlten, sind die Freiheiten der Mieter beseitigt, gewissermaßen, habe der Staat jetzt alle Rechte der Eigentümer an sich gerissen und als Folgeerscheinung trübe Verhältnisse in der Wohnungs-

wesen hervorgerufen. Die Hauszinssteuer werde zum allergeringsten Teil für Zwecke des Wohnungsbaues verwendet, im wesentlichen Teil zur Balancierung des Staats. In Stelle der privaten Wirtschaft sei „de facto“ der Staatssozialismus eingeführt worden. Der Glaube an die deutsche Gerechtigkeit sei verlorengegangen und das deutsche Volksermögen durch die Wertminderung der Grundstücke um etwa 60 bis 80 Milliarden geschmälert worden. Der Ausfall von Steuern auf Grundbesitz belaufe sich infolge der Entwertung auf 800 Milliarden Goldmark. Das sei eine Feststellung des Zwangswirtschaftsraus. Der Beamtenapparat, der für die Zwangswirtschaft notwendig sei, betrage heute noch etwa 60 000 Köpfe; er sei außerordentlich kostspielig und befriedige weder Hausbesitzer noch Mieter. — Es muß alsbald die Wohnungszwangswirtschaft abgebaut werden, und zwar ist mit der Beseitigung der Wohnungs- und Mietverordnungen zu beginnen. Das alte Verhältnis von Miete und Einkommen muß wiederhergestellt werden; wenn heute erst nur 1 Prozent des Einkommens für Miete abzuwenden ist, so ist eine unverantwortliche Wohnungsraumveränderung die Folge, und die Erscheinung, daß allgemein die Beschaffung einer selbständigen Wohnung betrieben wird, tritt immer häufiger auf. Heute wird trotz der Hauszinssteuer die Wohnungsnot von Jahr zu Jahr größer. Für gewerbliche Räume sollte die freie Wirtschaft unter allen Umständen sofort eingeführt werden. Wir schlagen vor, für die hierzu vorliegenden Anträge einen besonderen Wohnungszwangsausschuß einzusetzen.

Herabsetzung der Lebensmittelkraften.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat um die Preislenkungsaktion der Reichsregierung zu unterstützen, auf die Fragen des Notarats für Lebensmittel mit sofortiger Wirkung eine zehnprozentige Ermäßigung festgestellt. Dieser Tarif bezieht sich auf Getreide, Samen, Getreide, Früchte, Seefische, Muscheln, Butter, Schmalz, Margarine, Fette, Öle, Käse, Brot, Heringe und Kartoffeln, dagegen nicht auf Vieh, das in einem besonderen Frachttarif geführt wird.

Beginn der russisch-polnischen Aussprache.

Warschau, 27. Sept. Um elf Uhr vormittags ist der Vortrag des russischen Außenministers Tschitscherin auf dem Wiener Bahnhof in Warschau eingetroffen. Um sechs Uhr abends findet im Vorkonferenzsaal die erste, morgen um elf Uhr die zweite und letzte offizielle Besprechung zwischen Tschitscherin und Strzyński statt. In der heutigen Besprechung werden nur polnisch-russische Fragen behandelt werden, während morgen die internationalen Probleme zur Erörterung gelangen sollen. Dienstag mittag verläßt Tschitscherin Warschau.

Englisch-französische Konferenzwünsche.

London, 26. Sept. Die Berliner Meldung, daß das Reichskabinett beschlossen hat, die Einladung der Alliierten zu einer Pariser Konferenz anzunehmen, hat in hiesigen maßgebenden Kreisen lebhaftes Befriedigung hervorgerufen. Man gibt der Hoffnung Ausdruck, es werde sich bestätigen, daß an die Erklärung der Annahme kein Vorbehalt geknüpft werde, denn dadurch könnte höchstens eine neue Verzögerung bewirkt werden, was in jeder Richtung bedauerlich wäre. Schließlich habe da jeder Delegierte die Möglichkeit, daß, was er vorzubringen wünsche, auf der Konferenz selbst zu sagen. Zu der verschiedentlich ausgesprochenen Vermutung, die Konferenz werde nur vorläufigen Charakter besitzen, und es werde ihr eine Hauptkonferenz folgen, wird erklärt, daß dafür nicht der geringste Anlaß bestehe und daß: dies vom britischen Standpunkt besonders unerwünscht wäre, da britische Minister in diesem Jahr sowieso wiederholt und lange Zeit von England abwesend gewesen seien. — Eine ziemlich gleichartige Meldung kommt auch aus Paris.

Untergang eines amerikanischen U-Bootes.

Boston, 27. Sept. Die „City of Rome“ ist mit den drei geretteten Matrosen des Unterseebootes „S 51“ hier angekommen. In einer Mitteilung an die Presse erklärte Kapitän Diehl, er habe das Unterseeboot um 10 Uhr 24 Minuten nachts in nächster Nähe rechts voraus gesichtet. Er habe sofort die Geschwindigkeit verringert und die Maschinen rückwärts laufen lassen. Das Unterseeboot habe sich jedoch in voller Fahrt weiterbewegt. Einen Augenblick später sei der Zusammenstoß erfolgt. Das Unterseeboot wurde etwa in der Mitte zwischen dem Heck und dem Kommandoturm getroffen. Es sank innerhalb einer Minute. Die „City of Rome“ warf sofort beleuchtete Ringbojen über Bord und hatte in sechs oder sieben Minuten ein Rettungsboot ausgelegt, jedoch verfielen

nach einiger Zeit die Scheinwerfer. Inßer den geretteten drei Mann war von der Besatzung des Unterseebootes niemand zu sehen. Die Überlebenden haben wenig Hoffnung, daß von den übrigen 34 Mann der Unterseebootbesatzung noch einer am Leben ist, da nach dem Zusammenstoß das Schlogas des Unterseebootes in die inneren Räume ausströmte. Einer der Geretteten hatte infolgedessen schon beinahe das Bewußtsein verloren.

Die Kreditnot der Landwirtschaft.

Der Reichslandbund hat in der letzten Sitzung seines Gesamtvorstandes eine Entschlieung einstimmig angenommen, in der er deutlich zum Ausdruck bringt, daß die Landwirtschaft, die, um die Ernährungsbasis des deutschen Volkes zu erhalten, neue umfangreiche Schuldverpflichtungen auf sich genommen habe, sich nicht in der Lage sehe, diese Verpflichtungen aus den Erträgen der Ernte zurückzahlen und außerdem Betriebskapital für das kommende Wirtschaftsjahr bereitzustellen. Dieser Notstand zwingt dazu, bei Rückforderung der Kredite auf die Lage der Engerer Rücksicht zu nehmen und die Festsetzung der Rückzahlungstermine mit den erst langsam einsetzenden Möglichkeiten der Aufnahme von Realrediten in Einklang zu bringen. Die Entschlieung nimmt u. a. davon Kenntnis, daß auch das Warenvertriebsinstitut des Reichslandbundes von den schwierigen Wirtschaftsverhältnissen nicht unberührt geblieben ist und vertritt zum Schluß die Auffassung, daß die Landwirtschaft den gerade in solchen Notzeiten gegebenen Weg des engsten Zusammenrücken auch auf wirtschaftlichem Gebiet wird gehen müssen.

Die Post in Finanznöten.

München, 25. Sept. Vom 22. bis 24. September tagte in München der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost. Reichspostminister Siring machte über den finanziellen Stand der Deutschen Reichspost bemerkenswerte Mitteilungen, aus denen folgendes zu entnehmen ist: Die Finanzlage der Deutschen Reichspost konnte in den ersten drei Monaten des laufenden Wirtschaftsjahres April—Juni nicht als befriedigend angesehen werden, da die Einnahmen gegenüber dem Durchschnittsjahr mit rund 34 Millionen Reichsmark zurückgeblieben waren. Der Monat Juli hat, wie erwartet, eine ansehnliche Steigerung der Einnahmen gebracht. Die Einnahmen des Monats August weisen wieder einen Rückgang gegenüber dem Einnahmesoll auf, und zwar 5,7 Millionen Reichsmark. Alles in allem genommen kann kurzzeitig die Finanzlage der Reichspost nur als sehr gespannt bezeichnet werden. Die Post darf bei der kurzfristigen Ausweitung ihrer verfügbaren Gelder bis Ende 1925 keine höheren Zinssätze fordern als 7,5 Prozent. Die Reichspost erleidet durch die Herabsetzung des Zinssatzes für an Staatsbanken ausgeliehene Gelder für das laufende Wirtschaftsjahr einen Einnahmefall von rund 1,3 Millionen Reichsmark. Um diesen Betrag verschlechtert sich die ohnehin schon ungünstige Rentabilität des Postgeschäftes. An eine Herabsetzung von irgendwelchen Tariffähigkeiten kann kurzzeitig nicht gedacht werden, soll nicht das ganze Finanz- und Wirtschaftsgebäude der Reichspost ins Wanken kommen. Der Verwaltungsrat billigte die neue Wirtschaftspolitik der Deutschen Reichspost, aus der kaufmännischer Geist spricht und die einen Wendepunkt von hoher Bedeutung in der Geschichte der Deutschen Reichspost bildet. Der Minister sagte zu, daß die Balancierung des Staats erfolgen soll, daß die Dienstfremdsigkeit des Personals, die volle Anerkennung verdiene, nicht leiden soll.

Mussolini nimmt nicht teil.

Rom, 25. Sept. In einem Leitartikel des Messagero der sich mit dem Beschluß der deutschen Regierung, die Einladung der Alliierten zu Verhandlungen über die Sicherheitsfrage anzunehmen, beschäftigt wird mitgeteilt, daß Mussolini an der Ministerkonferenz nicht teilnehmen werde, da zu dem für die Konferenz vorgesehenen Termin der tatsächliche Große Rat in Rom tagt. Auch andere Blätter berichten, daß Mussolini sich auf der Konferenz durch den Staatssekretär des Außenbüros vertreten lassen werde.

Der Volksewismus in Ungarn.

Budapest, 25. Sept. Die Aufhebung der großen Kommunistenverbote, die den Umsturz und die gewaltsame Beseitigung der Regierungsfunktionäre zum Zwecke hatte, hält alle Kreise in Aufregung. Eine vorzüglich ausgedehnte Organisation erreckt sich über das ganze Land. Die Höhe und die Herkunft der Geldmittel sind bereits in eindrucksvoller Weise aufgeklärt. Ein Teil des Propagandamaterials ist der Polizei in die Hände ge-